

21. Februar 2026

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 21.2.2026



Bischof Werner Philipp macht deutlich, dass sich die Evangelisch-methodistische Kirche nicht durch die AfD politisch vereinnahmen lässt.

Bildnachweis: Klaus Ulrich Ruof, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

EmK distanziert sich von politischer Vereinnahmung

Die Evangelisch-methodistische Kirche weist eine Vereinnahmung durch die AfD zurück und tritt für die Würde aller Menschen ein.

Die AfD in Sachsen-Anhalt hat den Entwurf ihres Regierungsprogramms 2026 veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem: »Christentum fördern – Kleine Kirchen fördern! ... Wir werden Instrumente entwickeln, um diese kleinen Kirchen zu fördern. In Freikirchen, Baptistengemeinden und orthodoxen Kirchen wird ein authentischer und vitaler Glaube praktiziert, der die kulturelle Wende, die wir anstreben, vielfältig unterstützt.«

Bischof Werner Philipp macht deutlich, dass sich die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) entschieden von jeder politischen Vereinnahmung durch die AfD distanzieren. Auch wenn die EmK nicht ausdrücklich genannt werde, sei sie als Freikirche von dieser pauschalen Zuschreibung mitgemeint. Eine solche Einordnung weise die Kirche entschieden zurück. Der christliche Glaube stehe nicht im Dienst parteipolitischer Programme.

Einordnung durch den Landesverfassungsschutz

Der Landesverfassungsschutz Sachsen-Anhalt stuft den AfD-Landesverband als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. Vor diesem Hintergrund verbiete sich jede politische Instrumentalisierung kirchlicher Gemeinschaften, erläutert der Bischof. Auch die im Programmentwurf formulierte sogenannte »kulturelle Wende« könne daher nicht im Sinne der EmK sein. Kirche verstehe

sich nicht als Trägerin parteipolitisch definierter gesellschaftlicher Umgestaltungsprogramme, sondern bekenne sich zu einer offenen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft.

Grundlage: Soziale Grundsätze und Menschenwürde

Grundlage des öffentlichen Handelns der EmK sind deren Soziale Grundsätze. Darin bekräftigt die Kirche die von Gott gegebene Würde aller Menschen und tritt für Schutz, Gleichheit und Freiheit ein – unabhängig von Herkunft, Religion oder Lebensumständen.

Der Bischof erklärt, auf der Grundlage dieser Sozialen Grundsätze sei Ideologien und politischen Strömungen zu widersprechen, die Menschen ausgrenzen, abwerten oder gegeneinander ausspielen, wie sie sich etwa in völkischem oder rechtsradikalem Denken zeigten. Dies gelte ebenso für Antisemitismus, gewaltbereiten Linksradikalismus sowie für religiösen Extremismus, etwa in Form des Islamismus. Wo die Würde des Menschen relativiert, demokratische Prinzipien untergraben oder Hass geschürt würden, erhebe die EmK ihre Stimme.

Kritik an migrationspolitischen Forderungen

Im oben erwähnten AfD-Programmentwurf werden migrationspolitische Maßnahmen angekündigt, darunter die Forderung: »Kirchenasyl in Sachsen-Anhalt unterbinden – Kirchen finanziell zur Rechenschaft ziehen!«

Zugleich wird im Zusammenhang mit Migrationspolitik und sogenannter »Remigration« eine deutliche Verschärfung staatlichen Handelns in Aussicht gestellt. Der Bischof stellt dem entgegen, dass in der EmK Kirchenasyl in besonders gelagerten Einzelfällen nach sorgfältiger Prüfung und aus seelsorglicher Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden gewährt wird. Es ist Ausdruck einer christlichen Gewissensentscheidung.

Warnung vor parteipolitischer Instrumentalisierung

Darüber hinaus weist er mit Sorge darauf hin, dass Vertreter der AfD öffentlich dazu ermutigten, aus Landeskirchen auszutreten und sich Freikirchen anzuschließen. Er betont, dass Versuche, kirchliche Zugehörigkeiten politisch zu steuern oder gegeneinander auszuspielen, dem ökumenischen Miteinander der Kirchen widersprechen. Die Evangelisch-methodistische Kirche stehe für die Verbundenheit und Zusammenarbeit der christlichen Kirchen über konfessionelle Grenzen hinweg. Kirche dürfe nicht zum Instrument parteipolitischer Strategien werden.

Orientierung an Jesus Christus

Weiter führt der Bischof aus: »Als Christinnen und Christen orientieren wir uns an Jesus Christus. Er ist Menschen ohne Vorbedingungen begegnet – den Ausgegrenzten ebenso wie den Einflussreichen, den Zweifelnden wie den Suchenden. Seine Haltung war geprägt von Barmherzigkeit, Wahrhaftigkeit und dem Einsatz für die Würde jedes Einzelnen. Daran messen wir auch unser öffentliches Handeln. Wenn politische Programme – wie es in Teilen des vorliegenden AfD-Programmentwurfs geschieht – Menschen gegeneinander ausspielen, Ausgrenzung verstärken oder Grundrechte relativieren, können und werden wir dem als Kirche widersprechen.«

Zugleich unterstreicht Philipp, dass die EmK sich weiterhin konstruktiv in gesellschaftliche Debatten einbringen, ihre Unabhängigkeit wahren und politischer Vereinnahmung entschieden entgegenzutreten werde.

Weiterführende Links

Soziale Grundsätze der EmK (PDF|951 KB):

www.emk.de/fileadmin/kirche/soziale-grundsaeetze-2024.pdf

Der Autor

Michael Löffler ist Theologischer Leiter der EmK-Kirchenkanzlei mit Sitz in Frankfurt am Main und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland. Kontakt:

oeffentlichkeitsarbeit@emk.de